Deutscher Bundestag **Drucksache 17/7901**
17. Wahlperiode 25. 11. 2011

Fragen

für die Fragestunde der 145. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 30. November 2011

Verzeichnis der Fragenden

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

1. Abgeordneter **Volker Beck (Köln)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Plant die Bundesregierung – angesichts der Zusage, 150 verletzte libysche Kämpfer in Deutschland aufzunehmen (vgl. Antwort auf meine Schriftliche Frage 55 auf Bundestagsdrucksache 17/7584) –, auch verletzte Flüchtlinge aus Syrien, die es schaffen, in Flüchtlingslager außerhalb Syriens zu gelangen, in Deutschland aufzunehmen, und in welcher Form erteilt sie ansonsten humanitäre Hilfe zugunsten syrischer Flüchtlinge und oppositioneller Kämpferinnen und Kämpfer?

2. Abgeordneter **Günter Gloser** (SPD)

Was hat die Bundesregierung unternommen und was plant die Bundesregierung weiterhin zu unternehmen, um die russische Regierung zur Unterstützung von weiteren Sanktionen gegen Syrien im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zu bewegen?

3. Abgeordnete **Dr. Eva Högl** (SPD)

Wie bewertet das Bundesministerium der Justiz (BMJ) das Verhältnis zwischen dem allgemeinen Justizgewährungsanspruch von Personen, die Opfer von Ausbeutung, Missbrauch und anderen Rechtsverletzungen durch ausländische Diplomaten bzw. Diplomatinnen geworden sind und der internationalen diplomatischen Immunität, die die Diplomaten bzw. Diplomatinnen von der deutschen Gerichtsbarkeit nach § 18 des Gerichtsverfassungsgesetzes befreit (siehe u. a. Urteil des Landesarbeitsgerichts Berlin-Brandenburg vom 9. November 2011 – Aktenzeichen 17 Sa 1468/11), und welche Gründe vermögen nach Ansicht des BMJ die nach gegenwärtiger Rechtslage bestehende Nachrangigkeit der Durchsetzung der Opferrechte zu rechtfertigen – insbesondere vor dem Hintergrund, dass es sich bei der Ausbeutung von Hausangestellten um ein internationales Problem handelt?

4. Abgeordnete **Dr. Eva Högl** (SPD)

Welche der in der Studie „Domestic Workers in Diplomats' Households“ des Deutschen Instituts für Menschenrechte vom Juni 2011 enthaltenen Elemente guter Praxis beurteilt das BMJ als Verbesserung zur Durchsetzung der Rechte von Hausangestellten, und welche konkreten Schritte plant das BMJ in Deutschland, um Betroffenen künftig Zugang zum Recht zu verschaffen und sie vor Ausbeutungen durch vom Immunitätsrecht geschützte Diplomaten bzw. Diplomatinnen zu schützen?

5. Abgeordneter **Johannes Pflug** (SPD)

Welche konkreten Ergebnisse hat die Afghanistan-Konferenz in Istanbul Anfang November 2011 erbracht, die eine konstruktive Einbindung der Nachbarstaaten Afghanistans in den afghanischen Stabilisierungsprozess begünstigen sollen, und wie werden sich die Ergebnisse der Konferenz, nach Einschätzung der Bundesregierung, auf das zukünftige deutsche Engagement in Afghanistan auswirken?

6. Abgeordneter **Johannes Pflug** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die bisherigen Ergebnisse der Loja Dschirga vom November 2011 mit Blick auf die stagnierenden Gespräche zwischen der afghanischen Regierung und den Aufständischen, und welche Schritte hat die Bundesregierung unternommen und geplant, um diesen abgebrochenen Gesprächsprozess wieder in Gang zu bringen?

7. Abgeordneter **Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was weiß die Bundesregierung über die Gründe, weshalb B. A. S., seine deutsche Ehefrau Ö. S. sowie deren Münchener Unternehmen I. B. GmbH in eine schwarze Liste des US-Office of Foreign Assets Control (OFAC) eingetragen wurden, kurz nachdem sich das Unternehmen gegen US-amerikanische Konkurrenten um einen Auftrag für ein Energieprojekt in Afghanistan beworben hatte, sowie über diesbezügliche Informationsübermittlungen deutscher Sicherheitsbehörden an das OFAC oder andere US-Behörden, und was hat die Bundesregierung auf Ersuchen der Betroffenen bisher zur Klärung dieser Angelegenheit unternommen, auch um jene vor dem drohenden wirtschaftlichen Kollaps hierzulande infolge dieses Eintrags zu bewahren?

8. Abgeordneter **Dr. h. c. Gernot Erler** (SPD)

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über den Gesundheitszustand der in Untersuchungshaft befindlichen ukrainischen Oppositionspolitikerin Julia Timoschenko, die sich nach Angaben der Menschenrechtbeauftragten des ukrainischen Parlaments, Nina Karpatschowa (FAZ vom 22. November 2011) in einem „äußerst ernsten“ Zustand befindet, und was hat die Bundesregierung bislang unternommen, damit die ukrainischen Behörden Julia Timoschenko eine angemessene ärztliche Versorgung gewährleisten?

9. Abgeordneter **Dr. h. c. Gernot Erler** (SPD)

Welche Schritte hat die Bundesregierung bislang unternommen bzw. beabsichtigt sie zu unternehmen, um die Ukraine auf die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien in der innenpolitischen Auseinandersetzung zu drängen, und wie steht die Bundesregierung vor dem Hintergrund der jüngsten Ereignisse zur geplanten Unterzeichnung eines Assoziierungsabkommens zwischen der Europäischen Union und der Ukraine am 19. Dezember 2011?

10. Abgeordneter **Dr. Rolf Mützenich** (SPD)

Welche gemeinsamen Kriterien legt die Bundesregierung dem Begriff der Gestaltungsmächte zugrunde, und welche Länder zählt sie im Einzelnen dazu?

11. Abgeordneter **Dr. Rolf Mützenich** (SPD)

Warum beurteilt die Bundesregierung die Umbrüche in Nordafrika als „Gefahr für die Sicherheit“ (siehe die Stellungnahme der Bundesregierung zum Grünbuch der EU-Kommission zum EU-Ausfuhrkontrollsystem von Dual-Use-Gütern) anstatt die ihnen innewohnenden politischen Chancen dieser gesellschaftspolitischen Entwicklungen für die Nachbarregion Europas aktiv politisch zu nutzen?

12. Abgeordneter **Niema Movassat** (DIE LINKE.)

Was hat der deutsche Botschafter in Namibia, Egon Kochanke, am 16. November 2011 in Windhoek gemeint, als er anlässlich der Unterzeichnung der bilateralen Vereinbarungen der Entwicklungszusammenarbeit gegenüber der Presse Bezug auf die namibische Delegation in Berlin anlässlich der Rückführung von Gebeinen von Opfern des deutschen Vernichtungsfeldzugs nach Namibia nahm und davon sprach, dass diese „aufgrund ihrer versteckten Agenda“ einen „negativen Eindruck“ hinterlassen habe (vgl. the namibian, 17. November 2011, www.namibian.com.na/index.php?id=28&tx_ttnews[tt_news]=90164&no_cache=1)?

13. Abgeordneter **Niema Movassat** (DIE LINKE.)

Inwieweit ist die Bundesregierung der Auffassung, dass sie dem wiederholt und mit Nachdruck vorgetragenen Bekenntnis zum schweren historischen Erbe, zu der daraus resultierenden moralischen und historischen Verantwortung Deutschlands gegenüber Namibia und der Sonderbeziehung zwischen den beiden Staaten gerecht wird, wie es die Staatsministerin Cornelia Pieper am 30. September 2011 in ihrer Rede in der Berliner Charité betonte, wenn der deutsche Botschafter in Namibia das durch die skandalöse Abfertigung der namibischen Delegation

durch die Bundesregierung ohnehin strapazierte Verhältnis zu Namibia durch derartige Aussagen zusätzlich belastet?

14. Abgeordnete **Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche letzten Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Vorschläge zur Finanzierung des internationalen Fusionsexperimentes ITER für die Jahre 2012 und 2013 vor (bitte detailliert nach Rubriken und Programmen aufschlüsseln), und welche Haltung vertritt die Bundesregierung zu den Vorschlägen, Mittel für die ITER-Finanzierung aus den Vorhaben ARTEMIS, Clean sky, ENIAC, SESAR und IMI Joint Undertakings abzuziehen (bitte um differenzierte Erläuterung für jedes Vorhaben)?

15. Abgeordnete **Sevim Dağdelen** (DIE LINKE.)

Welche Einheiten der ivorischen Polizei wurden zwischen dem 1. Januar 2009 und heute im Rahmen der Projekte der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH „Förderung von Rechtsstaatlichkeit und Justiz in Westafrika“ und „Stärkung der Funktionsfähigkeit der Polizei in der Côte d’Ivoire“ unterstützt, und welche Auswirkungen hatte der Konflikt infolge der umstrittenen Präsidentschaftswahl Ende November 2010, an dem sich auch viele Polizisten beteiligten und in dessen Zuge es zu schweren Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen kam, hierauf?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

16. Abgeordnete **Sevim Dağdelen** (DIE LINKE.)

Wieso sieht die Bundesregierung keinen Anlass, sich mit der niederländischen Regierung über die Frage der Anwendung und Auslegung des Verschlechterungsverbots des EWG-Türkei-Assoziationsrechts auszutauschen (vgl. Plenarprotokoll 17/138, S. 16445), obwohl diese ganz im Gegensatz zur Bundesregierung das für alle Mitgliedstaaten gleichermaßen gültige Assoziationsrecht so auslegt, dass von türkischen Staatsangehörigen z. B. keine Sprachnachweise im Ausland als Voraussetzung für den Ehegattennachzug verlangt werden dürfen, und inwieweit hält die Bundesregierung einen Verweis auf das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 30. März 2010 noch für tragfähig, nachdem dieses vom Gericht selbst in einer anderen europarechtlichen Frage als überholt bezeichnet wurde (Beschluss 1 V 9.10) und nach diesem Urteil weitere maßgebli-

che Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs ergangen sind, die damals noch nicht berücksichtigt werden konnten?

17. Abgeordneter **Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In welchem Umfang hat sich die Bundesregierung seit Januar 2009 mit gemischten Polizei-Mentoringteams aus Polizisten und Feldjägern an der Ausbildung afghanischer paramilitärischer Gendarmerie (Afghan National Civil Order Police, ANCOP) im Rahmen der von der US-Armee entwickelten „Focused District Development“ beteiligt (bitte aufgliedern nach eingesetzten Kräften und Finanzmitteln, bisher ausgebildeten Gendarmen sowie Zahl der Trainingsstandorte), und wie stellt das federführende Bundesministerium des Innern sicher, dass die je 16-wöchige Ausbildung den Paramilitärs die hierzulande für Polizisten gängigen rechtsstaatlichen Maßstäbe und Vorgehensweisen sowie die Achtung der Menschenrechte nahebringt?

18. Abgeordneter **Andrej Hunko** (DIE LINKE.)

Welche Informationen hat die Bundesregierung über die geplante Rolle der Grenzschutzagentur Frontex bei der Etablierung eines Mechanismus zur Regelung der vorübergehenden Wiedereinführung von Kontrollen an Binnengrenzen des Schengen-Raums, und wie steht die Bundesregierung zu einem möglichen Einsatz von Frontex an EU-Binnengrenzen?

19. Abgeordnete **Sabine Stüber** (DIE LINKE.)

Wie will die Bundesregierung sicherstellen, dass kommunale Feuerwehren im Zuständigkeitsgebiet von Bundesautobahnen auch in Zukunft Spezialeinsätze in Unfall- und Katastrophenfällen auf Bundesautobahnen sicherstellen können?

20. Abgeordnete **Ulla Jelpke** (DIE LINKE.)

Wie viele V-Leute sind vom Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) durchschnittlich in den letzten fünf Jahren in der extrem rechten Szene geführt worden (bitte pro Jahr angeben)?

21. Abgeordnete **Ulla Jelpke** (DIE LINKE.)

Wie viel Geld wird von Seiten des BfV für den Einsatz von V-Leuten in der Szene der extremen Rechten jährlich ausgegeben (bitte für die letzten fünf Jahre angeben)?

22. Abgeordnete **Aydan Özoğuz** (SPD)

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung darüber, wie viele offensichtlich rechtsextremistische bzw. fremdenfeindliche Schmierereien, Sachbeschädigungen oder wie viel Vandalismus bei Privatpersonen und Institutionen seit Bekanntwerden der sog. Zwickauer Terrorzelle vorgefallen sind?

23. Abgeordnete **Aydan Özoğuz** (SPD)

Welche zusätzlichen Maßnahmen mussten seither für die Sicherheit besonders gefährdeter Personen ergriffen werden?

24. Abgeordnete **Sabine Zimmermann** (DIE LINKE.)

Wie beurteilt die Bundesregierung den legalen Waffenbesitz von Personen der rechtsextremen Szene vor dem Hintergrund des jüngst aufgedeckten Falls des Rechtsterrorismus und der Auskünfte der sächsischen Landesregierung, wonach allein im Bundesland Sachsen mindestens 38 Personen der rechtsextremen Szene legal 156 Waffen besitzen, und welche Erkenntnisse hat sie über die Zahl der Personen der rechtsextremen Szene, die in Deutschland legal Waffen besitzen (bitte nach Bundesländern und wenn möglich Zahl und Art der Waffen aufgliedern)?

25. Abgeordnete **Sabine Zimmermann** (DIE LINKE.)

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über Straftatbestände, Gesetzesverstöße, Gewalttaten etc., die gegenüber Personen der rechtsextremen Szene mit legalem Waffenbesitz vorliegen, und welche Erkenntnisse hat sie über Verstrickungen dieser Szene zu Reservistenkameradschaften und Schützenvereinen?

26. Abgeordneter **Frank Tempel** (DIE LINKE.)

Haben Sicherheitsbehörden des Bundes zwischen 1997 und 2011 zu irgendeinem Zeitpunkt im Zusammenhang mit dem Thüringer Heimatschutz ermittelt, und gegen wen richten sich diese Ermittlungen?

27. Abgeordneter **Frank Tempel** (DIE LINKE.)

Welche Art der Zusammenarbeit zwischen dem Bundesamt für Verfassungsschutz und dem Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz gab es zwischen 1997 und 2011 bezüglich des Thüringer Heimatschutzes?

28.	Abgeordneter **Jan** **Korte** (DIE LINKE.)	Wie viele Haftbefehle gegen Angehörige der rechtsextremen Szene gibt es, die nicht vollstreckt werden können, weil die Gesuchten sich dem Zugriff der Polizei entzogen haben?
29.	Abgeordneter **Jan** **Korte** (DIE LINKE.)	Um welche konkreten Fälle handelt es sich, und seit wann sind die gesuchten Rechtsextremisten untergetaucht?
30.	Abgeordnete **Halina** **Wawzyniak** (DIE LINKE.)	Wie viele der 10 000 Personen, die sich auf der zweiten Namensliste der Gruppierung „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) befinden, wurden über ihre Erfassung durch die Terrorzelle informiert, und wie wurden die Betroffenen unterrichtet?
31.	Abgeordnete **Halina** **Wawzyniak** (DIE LINKE.)	Welche weiteren Zusammenstellungen von politischen Gegnern, die durch Rechtsextreme erstellt wurden, sind der Bundesregierung bekannt?
32.	Abgeordneter **Jens** **Petermann** (DIE LINKE.)	Seit wann gibt es keine eigenständige Abteilung zum Thema Rechtsextremismus im Bundesamt für Verfassungsschutz mehr, und was waren die Gründe für diese Entscheidung?
33.	Abgeordneter **Jens** **Petermann** (DIE LINKE.)	Welche Landesämter, die nach der Gesetzeslage zur Zusammenarbeit mit dem BfV verpflichtet sind, sind dem organisatorischen Beispiel des Bundes gefolgt?
34.	Abgeordnete **Daniela** **Kolbe** **(Leipzig)** (SPD)	Wie begründet es die Bundesregierung, an den gravierenden Kürzungen bei den Sachmitteln der Bundeszentrale für politische Bildung im Haushalt des Bundesministeriums des Innern festzuhalten, während im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Kürzungen bei Projekten gegen Rechtsextremismus teilweise zurückgenommen wurden, und mit welchen Einschränkungen in der Arbeit der Bundeszentrale ist deshalb zu rechnen?

35. Abgeordnete **Daniela Kolbe (Leipzig)** (SPD)

Wie begründet die Bundesregierung die Kürzungen bei den freien Trägern der politischen Bildung, vor den aktuellen Geschehnissen um das sog. Nazitrio, und welche Auswirkungen erwartet die Bundesregierung im Kontext der Bekämpfung des Rechtsextremismus in der Arbeit der Bundeszentrale?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

36. Abgeordneter **Christoph Strässer** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung, die im Vertragsverletzungsverfahren gesetzte Umsetzungsfrist der EU-Kommission von zwei Monaten zur Umsetzung der Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung einzubehalten, oder muss die EU-Kommission den Europäischen Gerichtshof anrufen?

37. Abgeordneter **Christoph Strässer** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die im Bewertungsbericht vom 18. April 2011 zur Richtlinie über die Vorratsdatenspeicherung erklärte Absicht der Europäischen Kommission, eine Überarbeitung der Richtlinie vorzuschlagen und dabei auch eine „Verkürzung der obligatorischen Speicherungsfristen“ und eine „Verringerung der Zahl der Kategorien von auf Vorrat zu speichernden Daten“ zu prüfen, und welche konkreten Vorschläge hierzu hat die Bundesregierung bisher bei der EU-Kommission eingebracht?

38. Abgeordneter **Dr. Edgar Franke** (SPD)

Hält die Bundesregierung § 100a der Strafprozessordnung (StPO) als Rechtsgrundlage für die Quellen-Telekommunikationsüberwachung (TKÜ) für ausreichend, oder ist eine gesonderte gesetzliche Grundlage in der StPO erforderlich?

39. Abgeordneter **Dr. Edgar Franke** (SPD)

Bedarf es bei der Überwachung von Internettelefonaten, z. B. über Skype, der Quellen-TKÜ, oder ist sie (in allen Fällen) über die herkömmliche TKÜ möglich?

40. Abgeordnete **Sonja Steffen** (SPD)

Hat sich, und wenn ja, wie, die Bundesregierung in Bezug auf die Neuregelung des Sorgerechts nichtehelicher Väter geeinigt bzw. ist eine Einigung absehbar?

41. Abgeordnete **Sonja Steffen** (SPD)

Plant die Bundesregierung, weiterhin die von der Bundesministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger in ihrer Rede zum Insolvenzrechtstag angekündigte Reform des Verbraucherinsolvenzverfahrens umzusetzen, oder hat es in Bezug auf die damals vorgestellten Eckpunkte Positionsänderungen der Bundesregierung gegeben?

42. Abgeordneter **Burkhard Lischka** (SPD)

Wie erklärt es die Bundesregierung, dass angesichts von 762 rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten im Jahr 2010 – darunter 638 Körperverletzungen – lediglich 68 Anträge auf Gewährung von „Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe“ positiv beschieden worden sind und im Jahr 2010 aus dem mit 1 Mio. Euro ausgestatteten Haushaltstitel 681 01 des Bundesamtes für Justiz insgesamt nur 8 160 Euro für Opfer extremistischer Übergriffe ausbezahlt wurden?

43. Abgeordneter **Burkhard Lischka** (SPD)

Wie begründet die Bundesregierung ihre in der Pressemitteilung vom 9. November 2011 vertretene Position, die Einführung einer nachträglichen Therapieunterbringung würde „vor dem Bundesverfassungsgericht oder dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte nicht bestehen“?

44. Abgeordneter **Stefan Rebmann** (SPD)

Wie verhält sich die Anzahl der Anordnungen des Vorbehalts der Sicherheitsverwahrung im Erwachsenenstrafrecht in den ersten zehn Monaten dieses Jahres im Vergleich zu den ersten zehn Monaten letzten Jahres?

45. Abgeordneter **Stefan Rebmann** (SPD)

Will die Bundesregierung entsprechend ihrem Koalitionsvertrag vom Oktober 2009 und entsprechend der Forderung der Justizministerinnen und Justizminister der Länder auf ihrer Herbstkonferenz vom 9. November 2011 in Berlin den Ländern die Möglichkeit geben, ihre Verwaltungs- und Sozialgerichte zu einheitlichen Fachgerichten zusammenzuführen, und falls ja, wie weit sind die Pläne fortgeschritten?

46. Abgeordneter **Volker Beck (Köln)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auf welche Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR), die eine Entscheidung über die Ratifikation des 12. Protokolls zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) ermöglichen soll (vgl. die Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Max Stadler auf meine Mündliche Frage 84, Plenarprotokoll 17/116, Anlage 55), wartet die Bundesregierung konkret, und welche Erkenntnisse für ihren Prüfungsvorgang erwartet bzw. erhofft sie sich daraus?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

47. Abgeordneter **Dr. Gerhard Schick** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ist es der Bundesregierung möglich, Bankdatenkäufe eines Bundeslandes zu verhindern (vgl. „Es braucht wohl ein Machtwort Schäubles“, in: Neue Zürcher Zeitung vom 19. November 2011), und wenn ja, gibt es Erwägungen in der Bundesregierung, dies in Bezug auf beabsichtigte Steuerdatenkäufe von Landesregierungen zu tun?

48. Abgeordnete **Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie hoch war 2010 der Verbrauch von Strom und Energieprodukten, der steuerlich nach den §§ 9a, 9b und 10 des Stromsteuergesetzes und den §§ 51, 54 und 55 des Energiesteuergesetzes gefördert wurde (bitte Angaben aufschlüsseln nach der jeweiligen Art der Steuervergünstigung und nach dem Verbrauch der einzelnen Energieträger in jeweils üblichen Maßeinheiten)?

49. Abgeordnete **Dr. Barbara Höll** (DIE LINKE.)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Deutschen Steuerzahlerverbandes e. V. (DStV), wonach die Einführung der Elektronischen Lohnsteuerabzugsmerkmale (ELStAM) um ein Jahr auf 2013 verschoben werden sollte, um Finanzverwaltung, Unternehmen und Steuerpflichtige vor dem Aufwand von millionenfachen Korrekturen zu schützen, und in welchem Umfang entstehen zusätzliche Bürokratiekosten bei Verwaltung, Unternehmen und Steuerpflichtigen durch eine unterjährige Einführung von ELStAM in 2012?

50. Abgeordnete **Dr. Barbara Höll** (DIE LINKE.)

Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus dem nun vorgelegten Bericht der Facharbeitsgruppe „Verlustverrechnung und Gruppenbesteuerung“, und plant die Bundesregierung insbesondere vor dem Hintergrund des enormen Verlustverrechnungspotenzials eine Erleichterung bei der Verlustverrechnung bzw. Abmilderung der Mindestbesteuerung?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

51. Abgeordneter **Uwe Kekeritz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit welcher Begründung stellt sich die Bundesregierung gegen die von der Europäischen Union am 25. Oktober 2011 veröffentlichte Corporate-Social-Responsibility-Strategie (KOM(2011) 681) (vgl. Brief des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie Ernst Burgbacher an den EU-Kommissar Antonio Tajani), und wie wird sich die Bundesregierung bei der Überarbeitung der Rechnungslegungs-Richtlinien (78/660/EWG und 83/349/EWG) im Ministerrat verhalten?

52. Abgeordnete **Dr. Martina Bunge** (DIE LINKE.)

Inwieweit werden bei der Rente wegen voller Erwerbsminderung, Altersrenten und Altersrenten für Schwerbehinderte Pflegezeiten aus der DDR für die Pflege von schwerstbehinderten Kindern berücksichtigt, wenn diese Zeiten im Sozialversicherungsausweis der DDR dokumentiert sind?

53. Abgeordnete **Dr. Martina Bunge** (DIE LINKE.)

Welche Berücksichtigung finden die im Sozialversicherungsausweis der DDR nachgewiesenen Zeiten der Pflege von Angehörigen auf die ab 2012 zu gewährende Altersrente für besonders langjährig Versicherte, die es Versicherten mit 45 Jahren an Pflichtbeitragszeiten (wozu auch Zeiten der Pflege und Zeiten der Kindererziehung bis zum zehnten Lebensjahr zählen sollen) ermöglicht, künftig weiterhin mit 65 Jahren ohne Abschläge in Rente zu gehen?

54. Abgeordneter
Markus Kurth
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wann wird die Bundesregierung die vom so genannten Runden Tisch zur Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes in seiner Sitzung am 2. November 2011 beschlossenen Verfahrensvereinfachungen umsetzen, und welche weiteren Informations- und Kommunikationsmaßnahmen sind geplant, um den Anspruch auf Bildung und Teilhabe bekannter zu machen?

55. Abgeordneter
Markus Kurth
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie erklärt die Bundesregierung den offensichtlichen Widerspruch, wonach das Bundesministerium für Arbeit und Soziales einerseits behauptet, eine „KinderBildungsStiftung“ sei dem Bundesministerium nicht bekannt (siehe Antwort auf meine Mündliche Frage 73, Plenarprotokoll 17/138, S. 16450 A), andererseits aber genau dieses Bundesministerium sowohl ein Rechtsgutachten zur Bewertung der rechtlichen Möglichkeiten für eine „KinderBildungsStiftung“ sowie eine Prüfung der Praktikabilität einer solchen Stiftung in Auftrag gegeben hat?

56. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)

Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den Ergebnissen des dreijährigen Projektes „Frauenbeauftragte in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen und Wohneinrichtungen“ insbesondere im Hinblick auf eine gesetzliche Verankerung von Frauenbeauftragten in Werkstätten, zum Beispiel in der Werkstättenmitwirkungsverordnung sowie bei der Finanzierung von notwendigen Fortbildungsmaßnahmen?

57. Abgeordnete
Sabine Stüber
(DIE LINKE.)

Wie will die Bundesregierung angesichts der Tatsache, dass das Jobcenter automatisch für jeden Schulabgänger/jede Schulabgängerin zuständig ist und diese dadurch nicht automatisch die Berufsberatung der Bundesagentur für Arbeit nutzen können, die Chancengleichheit aller Jugendlichen bei der Berufsberatung sichern?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

58. Abgeordnete
Nicole Maisch
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche konkreten Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den aktuellen Vorwürfen und Ergänzungen aus dem Gutachten des Bundesrechnungshofes zum defizitären Umgang der Bundesregierung mit Lebensmittelkrisen, und zieht sie – wie vom Bundesrechnungshof vorgeschlagen – eine Änderung des Grundgesetzes oder des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuchs in Erwägung, um für Rechtsklarheit hinsichtlich der Vollzugszuständigkeiten des Bundes im Krisenfall zu sorgen?

59. Abgeordnete
Nicole Maisch
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wann werden die Vorschläge, einen bundeseinheitlichen Notfallplan, einen nationalen Krisenstab mit echten Befugnissen, gesetzliche Kompetenzen für ein Krisenmanagement des Bundes und ein permanentes Monitoring der Länderarbeit einzuführen, umgesetzt, und welche weiteren Maßnahmen sind konkret geplant?

60. Abgeordnete
Dr. Kirsten Tackmann
(DIE LINKE.)

Welche Unterstützungsmöglichkeiten können tierhaltende landwirtschaftliche Betriebe erhalten, in denen eine schwerwiegende Tierkrankheit mit bislang unklarer Ursache (z. B. chronischer Botulismus) aufgetreten ist, und welche konkreten Vorschläge hat die Bundesregierung, um Landwirtschaftsbetriebe in solchen existenzbedrohenden Situationen besser unterstützen zu können?

61. Abgeordnete
Dr. Kirsten Tackmann
(DIE LINKE.)

Wie ist aus Sicht der Bundesregierung die Einrichtung so genannter Rotwildbezirke mit den internationalen Vereinbarungen (z. B. UN-Konventionen) der Bundesrepublik Deutschland zu vereinbaren, und in welchen anderen EU-Mitgliedstaaten gibt es solche Rotwildbezirke oder ähnliche Regelungen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

62. Abgeordneter **Hans-Josef Fell** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie viele Millionen Euro sieht die Finanzplanung im Einzelplan 14 für die Umstellung von analogen Radaranlagen auf digitale Radaranlagen des Typs ASR 910 der Bundeswehr vor (bitte jeweils sowohl die vorgesehenen Barmittel als auch die Verpflichtungsermächtigungen und die mittelfristige Finanzplanung der einzelnen Jahre bis 2015 darstellen), und was kostet die Umstellung einer Radaranlage auf den Typ ASR 910?

63. Abgeordnete **Katja Keul** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Regelungen gibt es im Rahmen des Atalanta-Mandates für die Bundeswehr betreffend die Versenkung von Schiffen und Booten, deren Besatzung in Verdacht steht, an Akten der Piraterie beteiligt zu sein, und wie ist in diesem Zusammenhang der Einsatz vom 29. September 2011 zu beurteilen, bei dem ein angebliches Mutterschiff von einem Hubschrauber versenkt wurde, von dem die Einsatzkräfte ohne Boarding nach mehrmaligem Überfliegen annahmen, dass sich keine Personen mehr an Bord befanden?

64. Abgeordnete **Katja Keul** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Konsequenzen für den Einsatz der Bundeswehr im Rahmen des Atalanta-Einsatzes plant die Bundesregierung aus dem Urteil des Verwaltungsgerichts Köln vom 11. November 2011 (Az. 25 K 4280/09) zu ziehen, nach dem die Übergabe eines der Piraterie Verdächtigen an Kenia rechtswidrig war, und welche Auswirkungen hat dieses Urteil in Bezug auf Justizabkommen der Europäischen Union mit Drittstaaten im Rahmen der internationalen Pirateriebekämpfung, wie mit den Seychellen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

65. Abgeordneter **Klaus Ernst** (DIE LINKE.)

Wie hat sich die reale Kaufkraft des so genannten Mindestelterngeldes (§ 2 Absatz 5 des Gesetzes zum Elterngeld und zur Elternzeit) seit seiner Einführung am 1. Januar 2007 entwickelt?

66. Abgeordneter **Steffen Bockhahn** (DIE LINKE.)

Wann wird das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) die Länder über die Bereitstellung der von der Bundesministerin Dr. Kristina Schröder in ihrer Rede am 24. November 2011 im Deutschen Bundestag angekündigten zusätzlichen Mittel für die Beratungsnetzwerke in Höhe von 800 000 Euro informieren, und woher stammen diese Mittel?

67. Abgeordneter **Steffen Bockhahn** (DIE LINKE.)

An welche inhaltlichen Bedingungen war die Bewilligung von Mitteln aus den 800 000 Euro, die das BMFSFJ im Sommer dieses Jahres für die Beratungsnetzwerke zusätzlich bereitgestellt hat, geknüpft?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

68. Abgeordneter **Harald Weinberg** (DIE LINKE.)

Wäre mehr Transparenz bei den zwischen den Ärzten und Arzneimittelherstellern vereinbarten Anwendungsbeobachtungen aus Sicht der Bundesregierung wünschenswert, und bedürfte es, um dies verbindlich zu erreichen – angesichts der Klage von Transparency Deutschland gegen die Kassenärztliche Bundesvereinigung –, rechtlicher Änderungen?

69. Abgeordnete **Dr. Marlies Volkmer** (SPD)

Welche Erkenntnisse erhofft sich die Bundesregierung, wenn sie im Zuge der Überprüfung der Herstellerzwangsabschläge gemäß § 130a Absatz 4 Satz 1 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch die Arzneimittelhersteller zur Stellungnahme über eine Absenkung der Abschläge auffordert?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

70. Abgeordneter **Dr. Anton Hofreiter** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Kriterien lagen bei der Genehmigung der Versuchsstrecken für den Gigaliner-Feldversuch zugrunde, und weshalb wurden Genehmigungen für Bundesstraßen und untergeordnete Straßen nicht nur zum nächstmöglichen Autobahnanschluss eines

Gewerbegebiets ausgesprochen, sondern zu Autobahnabfahrten, die bis zu 85 km vom jeweiligen Gewerbegebiet entfernt liegen?

71. Abgeordneter **Dr. Anton Hofreiter** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Umleitungsstrecken dürfen die Gigaliner nutzen, wenn eine Versuchsstrecke, beispielsweise unfallbedingt, gesperrt ist, und wie kann die Sicherheit auf diesen Strecken gewährleistet werden, wenn sie nicht zum Streckennetz des Feldversuchs gehören?

72. Abgeordneter **Gustav Herzog** (SPD)

Welche Gutachten, Studien und Untersuchungen, die im Zusammenhang mit der Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes (WSV) in Auftrag gegeben wurden, sind der Bundesregierung bekannt, und wie hoch ist die finanzielle Beteiligung des Bundes an den Gesamtkosten dieser Untersuchungen?

73. Abgeordneter **Gustav Herzog** (SPD)

Wie erklärt die Bundesregierung die von der Gewerkschaft ver.di veröffentlichten Zahlen, dass etwa 700 Stellen innerhalb der WSV unbesetzt seien, und wie bringt sie diese Zahlen in Verbindung mit den von der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage auf Bundestagsdrucksache 17/7902 angegebenen 257 unbesetzten Stellen?

74. Abgeordnete **Heidrun Bluhm** (DIE LINKE.)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Erkenntnis, dass insbesondere in Ballungszentren zusätzlicher Wohnungsbau erforderlich ist, für ihre im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP angekündigte Entscheidung zur Wohnraumförderung nach 2013?

75. Abgeordneter **Dr. Ilja Seifert** (DIE LINKE.)

Welche Rolle spielen Fragen der Schaffung der Barrierefreiheit in dem vom Bundesminister Dr. Peter Ramsauer gestarteten neuen KfW-Förderprogramm „Energetische Stadtsanierung“ (siehe Pressemitteilung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung vom 14. November 2011 zur Pilotphase für integrierte energetische Quartierskonzepte ab dem 15. November 2011)?

76. Abgeordnete **Rita Schwarzelühr-Sutter** (SPD)

Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus dem Ausgang der kantonalen Abstimmung in Zürich am 27. November 2011 zu den Anträgen, die den Ausbau des Flughafens Zürich/Kloten verhindern wollen, und wann wird das nächste Treffen zwischen dem Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung Dr. Peter Ramsauer und der schweizerischen Bundesrätin Doris Leuthard stattfinden?

77. Abgeordnete **Rita Schwarzelühr-Sutter** (SPD)

Wie lautet das Ergebnis der Prüfung durch das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, welche Verschärfung der DVO zur Luftverkehrsordnung ab dem 1. Januar 2012 europarechtlich standhalten würde, und schätzt sie die Begrenzung von 80 000 Anflügen über Deutschland oder die Ausweitung der Schutzzeiten als zulässig ein?

78. Abgeordnete **Sabine Leidig** (DIE LINKE.)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung für das Projekt „Stuttgart 21“ und die damit verbundenen Pläne, das oberirdische Gleisfeld ganz in den Untergrund zu verlegen und die bisherigen Gleisflächen bebauen zu wollen, aus der Tatsache, dass die Stuttgarter Netz AG jüngst mitteilte, dass sie nach der Ausschreibung der oberirdischen Bahnanlagen diese kaufen und dann an private Bahnanbieter vermieten wolle?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

79. Abgeordneter **Hans-Josef Fell** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In welchem Umfang profitiert der Braunkohlebergbau von rechtlichen Sonderstellungen (bitte getrennt darstellen nach Erneuerbare-Energien-Gesetz-Umlage, Kraft-Wärme-Kopplung-Umlage, Stromsteuer, Konzessionsabgabe, Netzentgelte – ab 2012, Emissionshandel – Schätzung für 2013, Wasserabgaben)?

80. Abgeordneter **Frank Schwabe** (SPD)

Wann ist aus Sicht der Bundesregierung die letztmalige Gelegenheit, das europäische Treibhausgasminderungsziel zu verändern, ohne gleichzeitig eine Rechtsunsicherheit in Bezug auf bereits zugeteilte Emissionsberechtigungen zu schaffen?

81. Abgeordneter **Dr. Egon Jüttner** (CDU/CSU)

Welche Gründen führen dazu, dass der Abstimmungsprozess innerhalb der Bundesregierung, der Voraussetzung für die Erstellung des Evaluationsberichts zum Thema der Umweltzone ist, noch nicht abgeschlossen werden konnte, und hält es die Bundesregierung für zumutbar, den Deutschen Bundestag weiter auf das Erscheinen des Berichts, das ursprünglich für Herbst 2009 und dann für Frühjahr 2010 vorgesehen war, warten zu lassen?

82. Abgeordnete **Bärbel Höhn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit welchen Mindereinnahmen ist angesichts des niedrigen Kohlenstoffpreises bei dem aus der Versteigerung von CO_2-Zertifikaten finanzierten Programm NER 300 der Europäischen Union zu rechnen, und welche Auswirkungen hat dies für energiepolitische Projekte in Deutschland?

83. Abgeordnete **Bärbel Höhn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Soll es aus Sicht der Bundesregierung bei der vollständigen Einbeziehung von Flügen zwischen in der EU gelegenen und außerhalb der EU gelegenen Flughäfen in den Emissionshandel zum 1. Januar 2012 bleiben, oder tritt die Bundesregierung für eine Verschiebung oder Änderung dieser Regelung ein?

84. Abgeordnete **Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den aktuellen Erkenntnissen der europaweiten Stresstests für Atomkraftwerke (AKW) für ihr weiteres Vorgehen in der EU sowie die Verschärfung der deutschen AKW-Sicherheitsstandards (bitte mit Angabe des dafür vorgesehenen Zeitplans nationaler Aktivitäten inklusive Beratungen der Reaktor-Sicherheitskommission), und wie sieht der aktuelle Zeitplan der Bundesregierung für die versprochenen Stresstests anderer kerntechnischer Anlagen als AKW wie beispielsweise Zwischenlager, Uranfabriken etc. aus (bitte ebenfalls inklusive Beratungen der Reaktor-Sicherheitskommission und etwaiger Auftragsvorhaben)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

85. Abgeordneter **Klaus Hagemann** (SPD)

Wie viele Hochschulen sind aktuell jeweils stabil an die vom Bund finanzierte Software für die Hochschulzulassung (dialogorientiertes Serviceverfahren) angeschlossen bzw. haben sogenannte Konnektoren bestellt, und wie viele Universitäten und Fachhochschulen waren an dem vom Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages auf Ausschussdrucksache 16(8)5942 geforderten ersten erfolgreichen Probelauf des Systems beteiligt?

86. Abgeordneter **Klaus Hagemann** (SPD)

Wie ist der aktuelle Stand des in Medien („Bundesbildungsfestung am Strand“, Berliner Morgenpost vom 19. August 2011) kritisierten Neubauvorhabens des Bundesministeriums für Bildung und Forschung in der Bundeshauptstadt insbesondere in Bezug auf den Bebauungsplan, ggf. noch erforderliche Schritte für dessen Rechtsgültigkeit, sowie den vorgesehenen Baubeginn, und wie ist der aktuelle Planungsstand für das gleichfalls auf diesem Gelände vorgesehene „Haus der Zukunft“ – unter Angabe der aktuell geschätzten Gesamtkosten dieses Vorhabens, der vorgesehenen, jährlichen Betriebskosten, der erwarteten Beteiligung der Wirtschaft und der prognostizierten Besucherzahl?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

87. Abgeordneter **Klaus Barthel** (SPD)

Welches sind die Politikbereiche im Handelsabkommen zwischen der Europäischen Union einerseits und Kolumbien und Peru andererseits, die nach Auffassung der Bundesregierung in der alleinigen Zuständigkeit der Mitgliedstaaten liegen (vgl. Ressortbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie vom 5. Oktober 2011)?

88. Abgeordneter **Klaus Barthel** (SPD)

In welcher Form ist der Deutsche Bundestag nach Auffassung der Bundesregierung zu beteiligen, wenn es sich bei dem Handelsabkommen um ein „gemischtes Abkommen“ handelt, und wie beabsichtigt die Bundesregierung, diese Beteiligung sicherzustellen?

89. Abgeordneter **Manfred Nink** (SPD)

Hält die Bundesregierung weiterhin an ihrer Beurteilung fest, wonach das Handelsabkommen zwischen der Europäischen Union und Kolumbien sowie Peru „als gemischtes Abkommen ausgestaltet werden müsste, da es neben Politikbereichen in der Zuständigkeit der EU auch Bereiche enthält, die in der alleinigen Zuständigkeit der Mitgliedstaaten liegen“ (Ressortbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie vom 5. Oktober 2011)?

90. Abgeordneter **Manfred Nink** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Erfolgsaussichten, dass bei den anstehenden ratsinternen Beratungen des Europäischen Rates das Handelsabkommen zwischen der Europäischen Union und Kolumbien sowie Peru – entsprechend der Bewertung des Juristischen Dienstes des Rates und der Beurteilung von 13 Mitgliedstaaten der Europäischen Union, darunter Frankreich und Deutschland –, als gemischtes Abkommen eingestuft wird, das aufgrund der geteilten Zuständigkeit zwischen der Europäischen Union und den Mitgliedstaaten der Zustimmung durch die nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten bedarf, und wann rechnet sie voraussichtlich mit dem Beschluss des Rates?

91. Abgeordneter **Uwe Kekeritz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Um welche sozialen und entwicklungspolitischen Kriterien für die öffentliche Beschaffung (beispielsweise die Beachtung der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation in der Produktion) wird die Bundesregierung die Neuauflage der zum 14. Januar 2012 auslaufenden Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Beschaffung von energieeffizienten Produkten und Dienstleistungen ergänzen, um diese damit zu einer Verwaltungsvorschrift zur ökosozialen Beschaffung zu machen, und falls die Bundesregierung dies nicht plant, gegen welche aktuell erdenklichen sozialen und entwicklungspolitischen Kriterien bestehen Vorbehalte?

92. Abgeordneter **Andrej Hunko** (DIE LINKE.)

Trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, dass das Energieprojekt DESERTEC, das maßgeblich von deutschen Firmen getragen wird, den Bau von Kraftwerken auch in der von Marokko völkerrechtswidrig okkupierten Westsahara vorsieht, und für den Fall, dass die Bundesregierung beabsichtigt, DESERTEC finanziell zu unterstützen (laut aktuellen Presseberichten laufen darüber derzeit Gespräche mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, http://nachrichten.rp-online.de/wissen/schon-2014-strom-

aus-der-sahara-1.2611704), wie möchte sie sicherstellen, dass die Gelder nicht für den Bau von Kraftwerken in der Westsahara verwendet werden?

93. Abgeordneter **Oliver Krischer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In welchem konkreten Verfahrensstand befindet sich das von der Bundesregierung geplante Förderprogramm für fossile Kraftwerke (auf nationaler und EU-Ebene), welches von 2013 bis 2016 fossile Kraftwerksneubauten fördern soll, und welche Vorgaben für dieses Förderprogramm hat die EU-Kommission der Bundesregierung bisher im laufenden Notifizierungsprozess gemacht, bzw. mit welchen Vorgaben rechnet die Bundesregierung?

94. Abgeordneter **Oliver Krischer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung im Rahmen der Umsetzung der EU-Energieeffizienzrichtlinie in Deutschland, um das Energieeinsparziel von 1,5 Prozent pro Jahr sowie das Ziel, den Energieverbrauch bis 2020 um 20 Prozent zu senken, zu erreichen?

95. Abgeordnete **Ingrid Nestle** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welchen Beitrag leistet die vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie präferierte Gestaltung der EU-Energieeffizienzrichtlinie für die Entlastung der Stromkunden (in Milliarden Euro vermiedene Importe und vermiedene Energiekosten für die Wirtschaft und privaten Endverbraucher) und die Beschäftigungssituation in Deutschland?

96. Abgeordnete **Ingrid Nestle** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie soll das 20-Prozent-Effizienzziel der Europäischen Union genau berechnet werden, wenn die Bundesregierung die Berechnungsgrundlage für dieses Ziel – anders als in der Vergangenheit vorgesehen – auf Energieproduktivität beziehen will, und würde unter Annahme eines Wirtschaftswachstums, wie es in der bisherigen Berechnung der Baseline in Primes 2007 unterstellt wurde, das gleiche Effizienzziel von 1 474 Megatonnen Öleinheiten (Mtoe) gelten?

97. Abgeordneter **Günter Gloser** (SPD)

Unterstützt die Bundesregierung weiterhin die Fortführung des Engagements des Siemens-Konzerns für den Bau eines Kraftwerks in Syrien, obwohl die vergangenen Wochen eher eine Verschärfung der Lage in Syrien gezeigt haben und weitere Sanktionen gegen Syrien gefordert werden?

98. Abgeordneter **Harald Weinberg** (DIE LINKE.)

Möchte die Bundesregierung geschlossen die von dem aktuellen Urteil des hessischen Landessozialgerichts verunmöglichte Fusionskontrolle der Krankenkassen durch das Bundeskartellamt wiederherstellen, und geht es bei dem Treffen des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie mit dem Bundesminister für Gesundheit und dem Bundeskartellamt Anfang Dezember 2011 (FAZ vom 23. November 2011, Seite 12) um die Ausgestaltung der Umsetzung, oder will sie zunächst prüfen, ob sie die Wiederherstellung der Fusionskontrolle überhaupt befürwortet?

99. Abgeordneter **Stephan Kühn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung das aus den Legislativvorschlägen der Europäischen Kommission zur Zukunft der Kohäsionspolitik ab 2014 resultierende Fördergefälle innerhalb der ostdeutschen Länder, da innerhalb der neu zu schaffenden Kategorie der Übergangsregionen, unter die alle ostdeutschen Länder fallen werden, bei den Fördersätzen zwischen Regionen, die bis 2013 die Höchstförderung erhalten, dem so genannten Sicherheitsnetz, und anderen Regionen unterschieden wird?

100. Abgeordneter **Stephan Kühn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wird sich die Bundesregierung in den Verhandlungen im Europäischen Rat und mit dem Europäischen Parlament dafür einsetzen, dass ein Fördergefälle innerhalb der ostdeutschen Länder vermieden wird, und wenn ja, mit welchen konkreten Vorschlägen?



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83-91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333